



Freiburg setzt den Rotstift bei den öffentlichen Diensten an, um ein Defizit zu korrigieren ... das es selbst verursacht hat! Nach dem NEIN zum PSKF gilt es nun, gegen das SKfG vorzugehen!

Das **Programm zur Sanierung der Kantonsfinanzen** (PSKF) wurde massiv kritisiert. Nun müssen wir auch **das Gesetz zur Sanierung der Kantonsfinanzen** (SKfG) entschieden ablehnen. **Die Unterzeichnung des Referendums setzt ein Zeichen gegen eine ungerechte und unausgewogene Politik.** Wir brauchen Sie – **jede Unterschrift zählt!** Die Steuersenkungen für die Reichsten haben **das Defizit des Kantons künstlich erhöht.** Als Antwort darauf hat der Staatsrat **400 Millionen Franken Einsparungen zwischen 2026 und 2028 beschlossen**, auf Kosten:

des Personals, und dies **zum dritten Mal in Folge**, durch:

- Verzicht auf den Teuerungsausgleich, der Index bleibt bei 117 Punkten;
- Aufschiebung des Stufenanstiegs um zwei zusätzliche Monate (ausser bei den Löhnen unter CHF 65'000 brutto im Jahr, das sind ca. 1,5 % des Personals);
- Beibehaltung von Massnahmen, die vom SKfG unabhängig sind (Moratorium für die Neubewertung von Funktionen, Einfrieren der Entschädigungen für berufliche Nachteile, keine Anerkennung der Beschwerlichkeit von Berufen)
- Voraussichtliche Revision des StPG (Lohnsystem, Überstunden, Pensionsalter für Polizistinnen und Polizisten, Arbeitszeitaufteilung für Lehrpersonen)

der Bevölkerung, durch:

- Abbau von Spitalleistungen (HFR, FNPG)
- Abbau beim ÖV in der Agglomeration
- Höhere Kosten für Pflegeheimpatientinnen und -patienten (+ CHF 4'000/Jahr)
- Strengere Kriterien für Stipendiengewährung
- Höhere Semester- und Prüfungsgebühren
- Kürzungen bei ausserfamiliärer Betreuung, Umwelt, Landwirtschaft und Bau von Schulen

Und das, obwohl die Bürgerinnen und Bürger noch nie so viel erwartet haben: **Gesundheit, Bildung, Kultur, soziale Begleitung** ... Bei diesen Leistungen zu sparen, heisst, **den öffentlichen Dienst zu schwächen und die Ungleichheit zu vergrössern.** Es ist höchste Zeit, die Sparbemühungen auszubalancieren! Die Einsparungen müssen gleichmässig auf die Einnahmen- und Ausgabenseite verteilt werden – und dürfen nicht nur auf dem Rücken von Staatspersonal und Bevölkerung erfolgen.

Mit der Unterzeichnung des Referendums **schützen Sie den öffentlichen Dienst, sichern Ihre Arbeitsbedingungen, ermöglichen eine echte demokratische Debatte und fördern eine ausgewogene Haushaltspolitik.** Es ist höchste Zeit, die von der Freiburger Bevölkerung verlangten Anstrengungen neu auszurichten.

Bedingungen für eine gültige Unterschrift:

Volljährigkeit, Schweizer Bürgerrecht, Wohnsitz im Kanton Freiburg; ein Bogen pro Wohngemeinde

 **Vor dem 5. Januar** einsenden an: **FEDE, Boulevard de Pérolles 8, 1700 Freiburg**